

**Der Oberbürgermeister**  
**Hanno Benz**

Postfach 11 10 61  
64225 Darmstadt

Wissenschaftsstadt  
Darmstadt



Frau Sabine Knödler  
Frau Rita Weirich  
Herrn Karl-Heinz Goll  
Herrn Jürgen Herbst

per E-Mail:  
friedensbuendnis@politnetz-darmstadt.de

Der Oberbürgermeister  
**Hanno Benz**

Neues Rathaus am Luisenplatz  
Luisenplatz 5a  
64283 Darmstadt  
Telefon: 06151 13-2201 - 04  
Telefax: 06151 13-2205  
Internet: <http://www.darmstadt.de>  
E-Mail: [oberbuergemeister@darmstadt.de](mailto:oberbuergemeister@darmstadt.de)

Datum:  
05.01.2024

Sehr geehrte Frau Knödler,  
sehr geehrte Frau Weirich,  
sehr geehrter Herr Goll,  
sehr geehrter Herr Herbst,

Ihr Schreiben vom 29. Dezember 2023 habe ich zur Kenntnis genommen.

Ihre Ausführungen machen erneut deutlich, wie wichtig der von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt, UFFBASSE und FDP eingebrachte und in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Antrag „*Nie wieder ist jetzt! Wir stehen solidarisch an der Seite Israels. Schutz und Sicherheit für Jüdinnen und Juden in Darmstadt.*“ war und ist.

Auf diesem Weg will ich klar festhalten: Ich distanziere mich ausdrücklich und in aller Entschiedenheit vom Inhalt Ihres Briefes.

Der Darmstädter Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung und die Mehrheit der Darmstädter Zivilgesellschaft verurteilen zutiefst die brutalen und menschenverachtenden Angriffe der Hamas in Israel. Das wahllose Abschlachten und Verschleppen von Menschen ist das jüngste Resultat eines jahrhundertealten mörderischen Antisemitismus. Dies haben wir in der Resolution deutlich gemacht.

Weiterhin hat die Mehrheit der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung deutlich gemacht, dass wir fest an der Seite Israels, unserer jüdischen Gemeinde und allen jüdischen Menschen auf der Welt stehen. Die Barbarei des Holocausts, der Zivilisationsbruch, den Deutsche in der NS-Zeit begangen haben, darf sich niemals wiederholen und auch nichts dergleichen zugelassen werden.

Wir trauern auch um die zivilen Opfer im Gazastreifen, die unschuldigen Palästinenserinnen und Palästinenser, die in Frieden leben wollen. Die Hamas verhindert dies, denn allein die Hamas ist für diesen Krieg und die zahlreichen Toten auf beiden Seiten verantwortlich.

Es war die Hamas, die diesen furchtbaren Angriff begonnen hat, die ganze Familien, darunter auch Menschen, die einst der nationalsozialistischen Judenverfolgung entkommen sind, mit schrecklichem und brutalem Terror ausgelöscht hat und die sich jetzt nicht nur hinter den verschleppten Geiseln versteckt, sondern auch hinter der eigenen Bevölkerung.

Die Hamas ist weder der große Befreier des palästinensischen Volkes noch vertritt die Hamas die legitimen Interessen des palästinensischen Volkes.

Mit Schrecken erinnern uns die Ereignisse des 7. Oktobers daran, wie Putin die Ukraine mit Krieg überzogen hat. Wir haben die Bilder von Massengräbern vor Augen und erinnern uns an die Berichte über den Einsatz von sexualisierter Gewalt als Instrument der Kriegsführung. Auch in Darmstadt haben wir uns umgehend solidarisch an die Seite der Ukraine gestellt – gegen den Aggressor Putin. Genauso stehen wir jetzt solidarisch an der Seite Israels.

Die Hamas ist eine Terrororganisation, die das Existenzrecht Israels bestreitet und die Auslöschung des jüdischen Volkes zum Ziel hat. Solange die Hamas nicht besiegt ist, wird Israel, werden seine Menschen nicht sicher sein.

Die terroristischen Angriffe vom 7. Oktober haben auch bei unserer jüdischen Gemeinschaft tiefe Wunden aufgerissen und grausame Erinnerungen zurückgebracht.

Und wir müssen feststellen, auch das thematisiert unsere Resolution, dass jüdische Menschen in unserer Stadt Angst vor Übergriffen in der Schule haben oder vor dem offenen Tragen ihrer Glaubenssymbole zurückschrecken.

Das darf nicht sein und dem stellen wir uns vehement entgegen. Der Antisemitismus ist ein Grundübel der Menschheit und hat tödliche Folgen. Angriffe auf jüdische Menschen und Einrichtungen in Deutschland sind verabscheuungswürdig. Dass Jüdinnen und Juden – auch in unserer Stadt – in Angst leben, ist beschämend und inakzeptabel.

Das Beschmieren von Geschäften mit antisemitischen Parolen, das Verteilen von Aufklebern „From the river to the sea“, der Diebstahl von staatlichen Symbolen wie der Israel-Flagge zeigen deutlich, dass Antisemitismus auch in Darmstadt weiter existiert. Diese Taten sind durch nichts zu legitimieren und kein Ausdruck von Meinungsfreiheit.

Es ist meine feste Überzeugung, dass der Rechtsstaat solche Angriffe mit aller gebotenen Härte des Gesetzes verfolgt und Jüdinnen und Juden vor Aggressionen und Gewalt schützen muss. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist eine dringende Notwendigkeit. Aus diesem Grund wird die Stadt die Stelle eines Antisemitismusbeauftragten schaffen.

In Ihrem Schreiben beklagen Sie eine „Cancel Culture“ und führen zur Beweisführung ausgerechnet Menschen wie Roger Waters an, der sich als Märtyrer inszeniert, weil er angeblich an der Ausübung seiner Meinungsfreiheit gehindert wird. Dabei ist Roger Waters jemand, der in seinen Auftritten offen antisemitische Symboliken nutzt, indem er bspw. ein Schwein auf dem ein Davidstern aufgedruckt ist, durch den Saal schweben lässt. Er ist ein Mann, der den Holocaust relativiert und verharmlost, indem er das Schicksal von Anne Frank mit dem von Shireen Abu Akleh gleichsetzt und Israel mit Hass und Hetze überzieht. Antisemitismus – und hier schließe ich mich dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster an, ist keine Meinung.

Ihre Unterstellung, es herrsche eine Debattenkultur, die von undifferenzierten Antisemitismusvorwürfen oder Sprechverboten geprägt sei, widerspreche ich auf das Schärfste. Indem Sie unterstellen, dass ein Tabu bestehe, Israels Politik zu kritisieren, spielen Sie jenen radikalen Kräften in die Hände, die die Mär einer vermeintlichen „Meinungsdiktatur“ verbreiten.

Jede demokratische Regierung muss sich mit Kritik aus dem In- und Ausland auseinandersetzen, muss sich fragen lassen, ob Handlungen zielführend oder verhältnismäßig sind.

Aber wer Israel – wie die ebenso von Ihnen benannte Greta Thunberg – grundsätzlich dafür verurteilt, dass es versucht, sich gegen Angriffe wirksam zu verteidigen, stellt das Existenzrecht des jüdischen Staats per se infrage.

Sie schreiben weiter, sie lehnen „eine Judenfeindlichkeit in arabischen Ländern“ zwar ab, diese sei aber „den vielen Nah-Ost-Kriegen, der Besetzung arabischer Gebiete sowie der Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durch den Staat Israel geschuldet“. Damit legitimieren Sie – unter dem Deckmantel der Kritik an der Regierung Israels – antisemitische Positionen. Derartigen Äußerungen müssen und werden wir vehement entgegenzutreten, denn sie sind der Nährboden für den Antisemitismus, den wir gerade erleben.

Das Existenz- und Verteidigungsrecht Israels steht für mich und die Stadt Darmstadt nicht zur Debatte. Wir verurteilen jede Form des Antisemitismus, ganz gleich von welcher Seite er kommt oder wie er begründet sein mag.

Die Resolution „Nie wieder ist jetzt! Wir stehen solidarisch an der Seite Israels. Schutz und Sicherheit für Jüdinnen und Juden in Darmstadt.“ ist Ausdruck dieser Haltung.

Mit freundlichen Grüßen



Hanno Benz  
Oberbürgermeister